

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden, Pl. 16, Poststraße 26
Fernsprecher 21306
Postfachkonto Leipzig Nr. 14787

Bezugspreis:
Ausgabe A mit illustrierter Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Postamt 3,00 M. in Ostpreußen 3,50 M.
Ausgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Postamt 3,00 M. in Ostpreußen 3,50 M.
Eingel-Nummer 10 J.
Die sächsische Volkzeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Einzeigen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten 10 M. von Familienangelegenheiten 12 M. beim
Preis für die erste Spalte 25 J. für die zweite 20 J. für die dritte 15 J. für die vierte 10 J.
Für unbedeutliche geschriebene, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können bei Besondereinverständnis für die Wichtigkeit des Textes nicht abgerechnet.
Erscheinenszeiten der Redaktionen
11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und reitg. Wochenbeilage **Festabend**. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Vereine katholischer Gebildeter zur Pflege katholischer Weltanschauung.

Der Verfasser dieser Zeilen hat schon in einem früher in diesem Blatte erschienenen Aufsatz (Sursum corda) auf die Pflicht der geistig höher Gebildeten hingewiesen, ihr gehobenes geistiges Interesse nicht schon bei der schönen Literatur und Kunst zu erschöpfen, sondern darüber hinaus auch an Grundlegendes Philosophie und Theologie — heranzugehen, etwa einmal zu einem Lehrbuche der Apologetik und Dogmatik zu greifen oder darüber etwas zu hören. Die Erfahrungen in der Zwickauer Ortsgruppe haben gezeigt, daß Vorträge aus diesen Gebieten auch bei Industriellen, Kaufleuten und Ingenieuren, deren Tätigkeit also auf einem ziemlich materiellem Gebiete liegt, großes Bedürfnis waren.

§ 6 der Leitfäden des Verbandes lautet: „Der Kreis der in Betracht zu ziehenden Personen kann je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden bestimmt werden. Es empfiehlt sich, in erster Linie die akademisch gebildeten Katholiken zu vereinigen, ohne andere geeignete Persönlichkeiten auszuschließen.“ Der folgende Aufruf ist der nachdrücklichen Beachtung empfohlen. Was in Zwicau, Dresden und Riesa einzurichten war, muß auch in Leipzig, Chemnitz und Bautzen möglich sein.

Dr. phil. Fehne, Zwicau.

Eine hohe Welle religiöser Begeisterung und opferfreudiger Liebe zu unserer heiligen Kirche geht durch das katholische Volk. Nur mit tiefstem Dank gegen Gott können wir diese Tatsache feststellen: Rückkehr zu den ewigen Fundamenten des Christentums als zu den Grundfesten eines neuen Lebens und eines neuen Gesellschaftsaufbaues — das ist der Ruf, der nunmehr aus tausender Herzen aufsteigt, besonders auch der Ruf derer, die ihrer Kirche früher lau und verständnislos gegenüberstanden. In allen Schichten unseres katholischen Volkes vollzieht sich diese Selbstbefinnung auf die religiösen Kräfte.

Und gerade in den Kreisen unserer gebildeten Männer und Frauen ist die Sehnsucht nach den heilenden und stärkenden Quellwassern unseres heiligen Glaubens in nie gekannter Stärke erwacht. Ein Zeuge dessen ist die Entwicklung des Verbandes der Vereine katholischer Akademiker. Während des Krieges und namentlich unter den jüngsten Ereignissen haben seine Ortsgruppen die Probe auf ihre Existenznotwendigkeit glänzend bestanden. Nur einige Hinweise: Die Mitgliederzahl der Kölner Ortsgruppe ist, gerade unter den Eindrücken der jüngsten Ereignisse, auf fast 600 angewachsen. Die Vorträge sind überaus stark besucht; allein mehr als 200 Gebildete lauschen wöchentlich Unterrichtskursen über „Weltanschauungsfragen“ (Universitätsprofessor Dr. theol. Rademacher-Bonn; den „Kultus der Kirche“ (Abt. J. S. Herwegen O. S. B. Maria Taub). Noch unter den Wirren der jüngsten Gegenwart wurde eine noch mehrere hundert Akademiker zählende Ortsgruppe in Breslau geschaffen. Die Gründung einer Gruppe in München steht unmittelbar bevor.

Angesichts des hinführenden Heimganges aller Volksgenossen nach dem göttlichen Salvator mundi und seiner Kirche rufen wir den gebildeten katholischen Männern und Frauen zu: „Schließt euch in Städten und Dörfern zu einer Ortsgruppe unseres Verbandes zusammen! Es genügen fünf bis acht Teilnehmer, um eine Gruppe zu bilden; gilt es doch vor allem, ernste wirkliche Kleinarbeit zu treiben. Pflegt in dieser Ortsgruppe, getreu unserem Programm, die katholische Weltanschauung, d. h. lernet die Ereignisse und Werte dieser Welt abzuschätzen nach den ewigen Grundgesetzen unseres heiligen katholischen Glaubens. Bietet selbstbewußt und mutig dem werdenden neuen Deutschland die großen bewährten Ideen unserer Kirche an. Seht ihre festumrissenen klaren Grundzüge ohne Konzeption in den gärenden, die Probleme aus den tiefsten Gründen aufwühlenden, Prozeß der geistigen Kräfte ein. Werdet wohlunterrichtete Führer unseres braven katholischen Volkes, das von euch Aufklärung und Führung erwartet. Seid ihm Vorbilder in selbstloser Anhänglichkeit an das gesunde Pfarrleben, seinen eucharistischen Feiern wie seinen sozialen Veranstaltungen. Seid mannhafte Stützen unserer Bischöfe, in denen wir ehrfürchtig die Nachfolger der Apostel verehren. Seid treue Söhne unseres heiligen Vaters. Betet und lebt für unsere heilige Kirche.“

Jede Auskunft über Gründung, sowie Ausbau der Ortsgruppen erteilt die Geschäftsstelle (Köln, Viktorienstraße 15).
Dr. theol. Münch, Köln,
Generalsekretär d. Verbandes kath. Akademiker zur Pflege katholischer Weltanschauung.

Das Zentrum in den Kommunen.

Man schreibt uns: Die Zentrumspartei, die unter dem Dreiklassenwahlsystem in zahlreichen Gemeinden ausgeschaltet war, hat durch die jüngst im größten Teile von Preußen erfolgten Gemeindevahlen kommunalpolitisch eine ganz andere Stellung und Bedeutung erlangt, als dies bisher der Fall war. In nicht wenigen Gemeinden ist das Zentrum zum ersten Male, und zwar gleich mit einer ansehnlichen Zahl von Vertretern, in das Rathaus eingezogen. Auch dort, wo die Gemeindevahlen noch ausstehen, wird ihre Tätigkeit nach dem gleichen Wahlrecht mit Verhältnismäßigkeit im großen und ganzen der Zentrumspartei keineswegs zum Schaden gereichen.

Die veränderte kommunalpolitische Stellung des Zentrums bringt für die neugewählten Vertreter große Pflichten mit sich. Sie müssen nun zeigen, daß sie den Erwartungen, die man auf sie gesetzt, nach besten Kräften gerecht zu werden bestrebt sind, daß sie alles tun, was an ihnen liegt, um an Hand des kommunalen Zentrumsprogrammes, der Leitfäden für die Kommunalpolitik der Zentrumspartei (Kommunalpolitische Vereinigung), praktisch das Gemeinwohl zu fördern. Dazu ist die erste Vorbedingung, daß sie sich ausnahmslos und überall — auch in den ländlichen Gemeinden und kleineren Städten — zu einer kommunalen Zentrumsfraktion vereinigen. Ohne festen Fraktionszusammenschluß ist es einfach undenkbar, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden können. In manchen Städten werden vielleicht in der Beziehung noch Schwierigkeiten zu überwinden, Bedenken einzelner zu bekämpfen sein, aber die einsichtigen und entschlossenen Vertreter des Zentrumsgedankens mögen sich dadurch nicht abhalten lassen, den unbedingt erforderlichen Schritt zur Fraktionsbildung zu tun. Das ist jetzt, nachdem die Wahlen vorüber sind, das erste und wichtigste, was geschehen muß. Und das zweite ist dann der Anschluß an die kommunalpolitische Vereinigung der deutschen Zentrumspartei. Wo die nötigen Unterlagen für die Fraktionsbildung (Satzungsentwürfe und dergleichen) fehlen, wende man sich an die Geschäftsstelle der genannten Vereinigung (Köln, Ursulagartenstraße 19), die gerne das Erforderliche zur Verfügung stellen wird.

Besonders hingewiesen sei auf eine Schrift kommunaler Fraktionen, die das gesamte Material enthält und jedem neugewählten Stadtverordneten und Gemeindevorteiler zu empfehlen ist (Preis 1,10 M.). Das gleiche gilt von dem bekannten Buch: Soziale Tätigkeit der Stadtgemeinden (von Trimbom-Thissen), das in der Handbibliothek jedes Gemeindevorteilers fehlen sollte (2,20 M.).

Die kommunalpolitischen Blätter, die den Fraktionsmitgliedern bei Anschluß an die kommunalpolitische Vereinigung (Jahresbeitrag 8 M.) als Vereinsorgan zugehen, oder auch von Fraktionsmitgliedern besogen werden können (vierteljährlich 2,50 M.) bieten in vorliegenden zweiten Heft wieder eine Reihe bemerkenswerter Abhandlungen: Die Schulfrage bei der Trennung von Kirche und Staat, von Hochschulprofessor Dr. Schmittmann, Köln (berücksichtigt besonders die Gemeindeaufgaben); Gedanken über die Sozialisierung, von Dr. H. Brunenberg; Die kommunalpolitische und die Parteien; Für eine neue Kommunalverfassung, Material und Anregungen, u. a. m. Da in den Kreisen der neugewählten Gemeindevorteiler ein lebhaftes Bedürfnis nach kommunaler Literatur besteht, so sei auf diese Zeitschrift und andere Veröffentlichungen des kommunal-schriften-Verlags in Köln aufmerksam gemacht.

Es genügt freilich nicht, daß sich der einzelne Gemeindevorteiler selbst kommunalpolitisch zu schulen sucht und die einschlägige Literatur regelmäßig verfolgt, so notwendig dies auch ist; das wichtigste ist die gemeinsame und gegenseitige Schulung in der Fraktion und durch die Fraktion, und darum sei nochmals mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß überall dort, wo Vertreter der Zentrumspartei in die kommunalen Körperschaften gewählt sind — und wären es auch nur drei — diese sich zu einer Fraktion zusammenschließen müssen.

Das Lebensmittelabkommen.

Von einer Persönlichkeit, welche mit dem Abschluß der Lebensmittelabkommen und den bezüglichen Verhandlungen auf das engste verknüpft ist, erhalten wir über die künftige Ernährungslage folgende bemerkenswerte Ausführungen: Wenn wir demnächst 200 000 Tonnen Getreide pro Monat erhalten, dann werden wir in der Lage sein, zu-

nächst, was auch vor allen Dingen notwendig ist, die Annehmungsquote herabzusetzen. Wir werden in der Lage sein, auf diesem Wege von je 100 000 Tonnen Getreide 15 000 Tonnen, also insgesamt monatlich 45 000 Meile zu gewinnen. Für das inländische Getreide wird derselbe Betrag herauskommen, so daß wir also 90 000 Tonnen Meile monatlich erzielen können. Das hat eine außerordentliche Bedeutung für den gesamten Stand der Milchgewinnung und Milchversorgung. Frankreich hat uns größere Mengen an Kaffeebohnen und ähnlichen ähnlichen Früchten angeboten. Die Lebensmittelmenge, namentlich das Getreide, die zunächst uns zufallen soll, werden wir vorerst bis zum Beginn der nächsten Ernte aufstapeln müssen. Die Hauptschwierigkeiten der Versorgungsfrage mit ausländischem Getreide liegen darin, daß die Sicherstellung der Bezahlung für einen Teil dieser Lieferungen noch nicht gegeben werden konnte. Die Versorgung der links- und rechtsrheinischen Gebiete soll gleichmäßig geschehen. Um einerseits eine Bevorratung, andererseits aber auch eine Schlechterstellung des linksrheinischen Gebietes unmöglich zu machen, werden die betreffenden Getreidemengen in Rotterdam von Entente-Kommission in Empfang genommen und durch die Bezahlungsbehörden den Kommunen nach unserem Verteilungsschlüssel zugeleitet werden.

Eine nicht unberechtigte Sorge ist die, nach der Beschaffenheit der uns in Aussicht gestellten Lebensmittel, hinsichtlich Quantität, Qualität und Preis. Die Entente fordert, daß am Einladehafen durch eine sachverständige Kommission der Entente diese Prüfung stattfinden und daß spätere Reklamationen nicht zugelassen werden können. Es handelt sich dabei um Geschäftsgepflogenheiten, die uns im ersten Augenblick recht hart anmuten, die aber im Verkehr zwischen Amerika und den Ententeländern stets handelsüblich waren. Dasselbe Verfahren hat auch bezüglich Belgiens geherrscht und, wie man aus beteiligten Kreisen hört, haben sich dort größere Mängel nicht herausgestellt. Es ist allerdings unter den obwaltenden Umständen damit zu rechnen, daß wir auch ganze Sendungen erhalten werden, die unseren Ansprüchen nicht genügen werden.

Unsere Bevölkerung hat begrifflicherweise ein Interesse daran, zu erfahren, welche Wirkungen das nun mit der Entente getätigte Lebensmittelabkommen auf unsere Nahrungsmittelrationen hat. Jrgendwelche festen Entschlüsse können zur Stunde aber darüber noch gar nicht gefaßt werden. Die Lage stellt sich so, daß wir mit unseren Getreidevorräten bis zum Beginn der nächsten Ernte nicht reichen. Wir müssen also einen Teil der neuen Lebensmittel zur Deckung des Mangels verwenden. Es wird wohl kaum möglich sein, die Rationen zu erhöhen. Dagegen soll die Rationierung heraufgesetzt werden, und zwar in der Weise, daß aus den ausländischen Beständen Kochmehl herausgegeben wird, welches dann naturgemäß nur zu einem höheren Preise abgegeben werden kann. Für die Fleischversorgung werden sich besondere Hoffnungen jetzt nicht machen lassen, da wir ja an Fleisch selbst, keine Zufuhr erhalten. Wir bekommen nur Fett, Speck und andere Schweinefleischprodukte. Die Preise für alle diese ausländischen Lebensmittel werden wesentlich höher sein, als die bisherigen Inlandspreise.

Eine entsprechende Ausgleichung soll erfolgen. Jedenfalls darf man sagen, daß durch das Lebensmittelabkommen unsere innerpolitische Lage eine wesentliche Erleichterung erfährt. Das Abkommen selbst und seine Wirkungen kann aber nur nutzbar gemacht werden, wenn wir Werte schaffen, wenn wir die nationale Arbeit auf einen ganz anderen Boden stellen als das in den letzten Wochen der Fall war. Erst dann, wenn sich alle Bevölkerungsschichten darüber klar werden, daß alles davon abhängt, daß jetzt wieder planmäßig, vernünftig und stetig gearbeitet wird, erst dann werden wir die Voraussetzungen schaffen, welche uns die Bezahlung der ausländischen Lebensmittel ermöglicht. Erst dann aber auch werden wir die so dringend notwendige handelspolitische Verbindung mit dem Ausland und damit im Gefolge die Anknüpfung der gegenseitigen Verkehrs- und Handelsbeziehungen ermöglichen.

Die ersten Lebensmittelsendungen.

Rotterdam, 18. März. An Lebensmittel, die Deutschland geliefert werden sollen, liegen hier etwa 150 000 Rikfen fonderter Milch und 2000-3000 Tonnen Schweineprodukte. Man hofft, daß die ersten Sendungen noch diese Woche Rotterdam verlassen werden. Es kommen täglich Schiffe mit Schweineprodukten und fonderter Milch in Rotterdam an und man rechnet damit, daß die vorläufig festgesetzte Menge von 30 000 Tonnen Schweineprodukten

und 250 000 Stücken kondensierter Milch bis zur nächsten Woche besorgen sein wird. Die anderen Nahrungsmittel aus Frankreich und Amerika sind unterwegs. Die Verteilung der Lebensmittel wird von hier aus teilsweise nach die Güter werden von Rotterdam zu Wasser und auf der Eisenbahn nach ihren Bestimmungsorten abgehen.

Deutsches Reich

Abbruch der Verhandlungen mit den Polen.

Berlin, 19. März. Die Verhandlungen der Unterkommissionen der deutschen Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Kommission zur Festlegung der Ausfüh-rungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind heute früh in Polen abgebrochen worden. Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die sogenannte paritätische Oberkommission. Diese sollte als schwerwiegendste für die Paritätskommission dienen. Dieser letzteren war zur Aufgabe gesetzt: eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in Bezug auf Schutz des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufs oder der öffentlichen Rechte zu garantieren. Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensetzen aus je einem von der preussischen Regierung und der internationalen Kommission ernannten Mitgliede, sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst ernannt werden sollte. Die Alliierten hatten demgegenüber eine andere Zusammensetzung empfohlen, nämlich einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooptierende Mitglieder, so daß unter allen Umständen die Alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Als endgültiger Vorschlag blieb dann von beiden Seiten bestehen auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen, auf der Entente-Seite die Wahl der Vorsitzenden der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission in Svva zu übertragen. Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Ueberwiegen der Entente nicht gefährdet, während die interalliierte Kommission wiederum durch seinen Verfall und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden als gewählt wissen wollte. Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag des von päpstlicher Seite aus zu wählenden Vorsitzenden in besonders eindringlicher Form den Polen nahebringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der interalliierten Kommission, Votschafter Rouleux, nicht einsehen zu können glaubte und die Verhandlungen abbrach. Der Abbruch der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten militärischen Vorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügen.

Die polnisch-tschechische Gefahr.

Berlin, 18. März. Die preussische Regierung hat sich gestern mit der Bewegung an der schlesischen Grenze beschäftigt. Nach zuverlässigen Nachrichten haben sich gegen die Tschecho-Slowaken bedeutende Streitkräfte gegen Glatz zusammengezogen, sondern auch die Polen über 30 000 Mann zum Einmarsch nach Oberschlesien versammelt. Man hat Kenntnis davon, daß dieser Einmarsch zwischen Polen und Tschecho-Slowaken verabredet worden ist. Beide Regierungen hatten in Paris nachforschen lassen, wie ein militärisches Vorgehen in Oberschlesien vom Verband beurteilt werden würde. Aus Paris wurde geantwortet, zu einem Einmarsch in Schlesien bedürfte es eines Vorwandes. Ein solcher wäre etwa durch das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Oberschlesien gegeben. Diesen Vorwand hat man in Prag und Warschau gut verstanden. Die kommunistischen Unruhen in Oberschlesien sind nur auf polnische und tschecho-slowakische Antriebe zurückzuführen. Die rechtzeitige Verbannung des Belagerungszustandes hat den von den Kommunisten hervorgerufenen Streit zum Scheitern gebracht. Von polnischer Seite wird aber seither wieder gewissenlos geübt und alles versucht, um den deutschen Grenzschutz in Schlesien zu korrumpieren.

Reife, 18. März. Am 12. März nachmittags traf in Jauernig eine tschechische Kommission von drei Regierungsbeamten aus Prag ein, die laut vorerlegter Ermächtigung vom tschecho-slowakischen Ministerium für Landwirtschaft vom 5. März den Auftrag hatte, die österreichischen Besitztümer des Breslauer tschechisch-slowakischen Stuhles in Jauernig und den österreichischen Besitz der preussischen Stadt Palschowitz für den tschechischen Staat in Abwandsverwaltung zu nehmen. In Erledigung dieses Auftrages hat die Kommission das Gelöbniß der Treue für den tschechischen Staat entgegengenommen und von der Verwaltung der Liegenschaften Besitz ergriffen.

Eine Anfrage Erzbergers über den Vorfriedensvertrag.

Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Svva hat gestern Abend folgende Note überreicht: Nach englischen Blätterneldungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, soweit Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde bei Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegation hänge von der inneren Lage Deutschlands ab. Zur selben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen Bichon in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz, nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vorfrieden so, wie er ausgearbeitet worden sei, nur annehmen oder sie

könnten ihn auch ablehnen. Der Reichsminister des Auswärtigen und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission eruchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldungen der englischen und der französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von zuständiger amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen, und ob die alliierten und assoziierten Mächte nach diesen Meldungen zu verfahren gedenken.

Reichsminister Erzberger.

Protst der Hamburger Seeleute gegen die Auslieferung der Flotte.

Hamburg, 19. März. In einer Massenversammlung der Seeleute im Zirkus-Bau wurde folgende Entschlieung angenommen: Die heutige Versammlung der Seeleute aller Arten verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen Deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern. Begründet wurde die Entschlieung damit, daß von außer der von der Entente garantierten ersten Lieferung von 20 000 Tonnen Lebensmitteln nach Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr dafür besteht, auch vollständig weitere Lebensmittel zu erhalten.

Hindenburg über die Flucht des Kaisers.

Berlin, 18. März. Aus dem Großen Hauptquartier in Kolberg erhalten wir folgende Mitteilung:

Großes Hauptquartier, den 17. März 1919. Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder vermehrt mit der Frage beschäftigt, warum der Kaiser nach Holland ging. Um falscher Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Als am 9. November der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Sr. Majestät des Kaisers und Königs ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Heer nicht geschlagen; aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind frische Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abbruch des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die kaiserlichen Beamteten sich im Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrspunkte. Dadurch wurde die Zuführung von Munition und Verpflegung gefährdet, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Stappen und Erleichterungen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit des eigentlichen Heeres liefen ungünstige Meldungen ein. Angesichts dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze freier Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich. Sollte sich doch zum Kampfe mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feinde der Bürgerkrieg gesellen. Der Kaiser konnte sich ferner zur feststehenden Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Angriffe den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heißersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden. Der Kaiser konnte endlich außer Landes gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren Seelenkämpfen lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterlande am meisten zu dienen. Deutschland weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, ihr Frieden, Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Daß der Kaiser sich in diesem Glauben geirrt hat, ist nicht die Schuld Sr. Majestät.

Roske bei Hindenburg.

Reichswehrminister Roske und General v. Winterfeldt sind der „Voll. Ztg.“ zufolge in Bromberg zur Besprechung mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg eingetroffen.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung.

Weimar, 20. März. Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet am 25. März, nachmittags 3 Uhr, statt. Neben 13 kleinen Anfragen steht einstweilen nur die Interpellation des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei betreffend Maßnahmen für die mittleren und kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden, sowie die Frage der Wahlfürsungen auf der Tagesordnung.

Wichtige Beratungen im Reichskabinett.

Berlin, 19. März. Im Reichskabinett haben in diesen Tagen im Beisein sämtlicher Minister wichtige Beratungen stattgefunden, die samt und sonders mit den Friedensfragen und den kommenden Friedensverhandlungen sich beschäftigten. Die Kommissare, welche den bereits ernannten Friedensdelegierten beigegeben werden sollen, wurden bestellt. Aus Kreisen der Reichsleitung hören wir, daß das Kabinett mit einer angeblichen Broddorffkrise sich nicht befaßt habe, im Kabinett sei über diese Angelegenheit nicht gesprochen worden. Es habe keine Veranlassung bestanden, sich mit einem solchen Gegenstand zu befassen. Trotzdem kann nicht verschwiegen werden, daß ein gewisses Mißverhältnis zwischen dem Grafen Broddorff und seinen Mitarbeitern namentlich bei den Wehrheitssozialisten wegen seiner Fühlungnahme mit den Unabhängigen entstanden ist. Die Auswirkung dieses Verhältnisses wird zweifellos in eiriger Zeit sich geltend machen. Die Reichsregierung hat weiter eingehende Beratungen über alle diejenigen Fragen gepflogen, die durch die jüngste Arbeiterbewegung im Reiche aufgeworfen sind. Sie hat sich insbesondere mit der Frage, ob die Arbeiterräte in die Verfassung eingegliedert werden können, befaßt, und ferner mit der Frage, der gesetzlichen Befugnis der Betriebsräte. Die Verhandlungen darüber sind inzwischen so weit vorgeschritten, daß die Reichsleitung ihr Ergebnis dem Verfassungsausschusse der Nationalversammlung in Weimar zugeleitet hat.

Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente.

Berlin, 19. März. Ein französisches Blatt brachte die Nachricht, daß die Entente am 13. März die Anerkennung der jetzigen deutschen Regierung beschlossen habe. Wie von unterrichteter Seite hören, wird und kann die deutsche Reichsleitung zu dieser Nachricht keine Stellung nehmen. Sie ist der Auffassung, daß es sich hier höchstens um einen formellen Akt handeln kann. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß ihre praktische Anerkennung bei der Entente schon dadurch etwieweit ist, daß die Alliierten mit all denjenigen Persönlichkeiten verhandeln, welche die jetzige Regierung bei den Beratungen mit der Entente entsandt und legitimiert hat.

Die neuen Steuern.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reiches ist nunmehr so weit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatenausschusse zu überreichen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Dies ist um so erstrebenswerter, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzubauen und aus dem Schwerezustande eines überaus stark angespannten Kredites zu einer energischen Abführung der Reichsschulden und gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatenausschusse die Entwürfe einer Kapitalertragssteuer, einer Grundvermögenssteuer, einer Vermögenssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielkartenspielersteuer beigegeben. Ihnen wird u. a. der Entwurf einer Erbschaftsteuer in Kürze hinzutreten. Weitere Gesetzentwürfe werden allmählich folgen. Das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Ueber die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach dem voraussichtlichen Ertrage der einzelnen Steuer urteilt, zu sagen, daß sie eine ganz überwiegend direkte sein wird, während die indirekten Abgaben nur eine verhältnismäßig geringfügige Rolle spielen werden. Dies entspricht den vom Minister Schuler in seiner bekannten Rede in der Handelskammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige vorläufige Reichsregierung in ihrer Veröffentlichung vom 21. Dezember 1918 angeschlossen hat.

Bayrischer Landtag.

München, 18. März. In der heutigen Sitzung des bayrischen Landtages stellte der Ministerpräsident Hoffmann das neugebildete Ministerium vor. Es setzt sich wie folgt zusammen: Präsident, Reichert und Aulst; Hoffmann (Soz.), Justiz; Endres (Soz.), Inneres; Segitz (Soz.), Finanzen in Vertretung; Staatssekretär v. Merkel, Verkehrswege; v. Franendorfer (Radik.), soziale Angelegenheiten; Unterleitner (Unabh.), Handel, Gewerbe und Industrie; Simon (Unabh.), Landwirtschaft; Steiner (Bauernbund), militärische Angelegenheiten; Schneppenhorst (Soz.). Ministerpräsident Hoffmann gab eine längere programmatische Erklärung über die dringlichsten Arbeiten der Regierung und das Ermächtigungsgesetz, durch das der Landtag dem neuen Ministerium weitgehende Vollmachten zur Leitung der Regierungsgeschäfte gibt. Redner aller Parteien gaben ihre Zustimmung. Im Laufe der Sitzung wurden angenommen ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Familiensideikommission, ein Gesetzentwurf über die Aufhebung des bayerischen Adels und ein weiterer Entwurf, noch dem dieser nicht mehr neu verlesen werden darf. Zum Schluß der Sitzung gab im Einverständnis mit allen Parteien des Hauses Abg. Sped (Bayr. Volksp.) eine Erklärung ab, in der gegen die Aufzwingung eines Gewaltfriedens, die Loslösung deutscher Gebiete, die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen und die verbotene Verbindung des Anschlusses Deutschlands mit Deutschland Einspruch erhoben wird. In einmütiger Willenskundgebung stellte sich das ganze Haus auf den Boden der Erklärung. Darauf wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das Gesetz über die Abschaffung des bayrischen Adels, das in der Sitzung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: Der bayrische Adel wird aufgehoben. Bayerischen Staatsangehörigen ist es verboten, die Vererbung des Adels eines anderen Staates anzunehmen. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Das Gesetz wurde ohne Debatte angenommen; doch vier Mitglieder des Hauses stimmten dagegen, alle übrigen für die Abschaffung.

Der Erfolg der Räterepublik.

Die Losrennungsbefreiungen in bayrischen Provinzen nehmen ihren Fortgang. Ganz Schwaben ist davon ergriffen und trachtet, sich an Württemberg, die alte Schwäbische Stammesheimat, anzuschließen. Groß-Schwaben soll neu entstehen. Auch in Franken hat die Bewegung einen ersten Charakter angenommen. Der in Nürnberg erscheinende demokratische „Fränkische Kurier“ schreibt: Bayern ist das Kunstprodukt aus einer Zeit, in der Fürstentümern Länder und Völker verschaderten. München ist eine künstliche Pflanze, gezeugt und verhätschelt durch Fürstengunst, zum Nachteil schaffender Städte wie Nürnberg und Augsburg. Seinen Kunst- und Gewerbesiege verdankt München dem Zuweg aus Franken, Schwaben und dem Reich. Aus dem Münchener Chaos ist die Republik Nordbayern ein einfacher Ausweg. München und Altbayern ist auf uns und das übrige Deutschland angewiesen, nicht umgekehrt.

Unterbindung der Donauschiffahrt.

Die Donau ist gegenwärtig verkehrspolitisch in drei Strecken geteilt: die erste ist die deutsche Strecke, auf der die Schifffahrt von den deutschen und deutsch-österreichischen Gesellschaften betrieben wird. Daran schließt sich die tschecho-slowakische Strecke, die nach einem Abkommen der Tschechen mit der Entente von Preßburg bis

Boja (etwa 160 Kilometer südlich Budapest) reicht. Ueber die dritte Strecke von Boja bis Sulina, verfügt die Transportleitung der Entente in Belgrad, mit Admiral Troubridge an der Spitze. Nach Wiener Nachrichten soll demnächst von der Entente ein Einvernehmen zwischen den drei Interessentengruppen über die Schifffahrt zwischen Regensburg und Sulina herbeigeführt werden.

Inzwischen haben die Tschechen mit Zustimmung der Entente die Transportleitung den Verkehr auf ihrer Strecke monopolisiert, und zu diesem Zweck nicht bloß der ungarischen Fluh- und Seeschiffahrtsgesellschaft, sondern auch der deutsch-österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft das Schiffsmaterial ihrer ungarischen Strecke abgefordert; es handelt sich nach tschechischer Mitteilung um eine provisorische Beschlagsnahme gegen Entschädigung. Tatsächlich ist aber nunmehr die deutsch-österreichische Donauschiffahrt vollständig vom Verkehr unterhalb Preßburgs abgeschnitten. Das Vorgehen der Tschechen und die Zustimmung der Entente dazu stützt sich auf die Bestimmungen des Waffenstillstandes, den Graf Karolyi mit General Francheri d'Esperey abgeschlossen hat. Bestimmungen, unter die bloß ungarische Unternehmungen fallen. Die Anwendung dieser Bestimmungen gegen die österreichische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, für die lediglich der Waffenstillstand zwischen der ehemaligen k. u. k. obersten Seeresleitung und General Diaz in Betracht kommt, ist ohne Zweifel eine Rechtsverletzung. Ein großer Teil des Schiffsparks dieser Gesellschaft ist übrigens seinerzeit von der jugoslawischen Regierung gemeinsam mit der Entente unterhalb Bajas beschlagnahmt worden und wird gegenwärtig auf der unteren Donau für Ententezwecke verwendet.

Mittelfaundantrag des Zentrums.

Die Zentrumsabgeordneten Esser, Aliegeoor, Dr. Fahbender, Langewand, Müller (Neuwied) und De Tewes haben mit Unterstützung der ganzen Fraktion in der preußischen Nationalversammlung den Antrag eingebracht, letztere möge beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Maßnahmen zur Wiederrichtung des durch den Krieg und seine Folgen schwer geschädigten gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes einzuleiten, insbesondere dadurch, daß

- 1. die finanzielle Hilfeleistung für Kriegsbeschädigten, Angehörigen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes auf Grund der vom Landesgewerbeamt übernommenen Vorschläge aus genossenschaftlichen Kreisen schleunigst durchgeführt werden;
2. öffentliche Instandsetzungsarbeiten, insbesondere für die Verkehrseinrichtungen und Bauten dem organisierten Handwerk in größerem Umfange überwiesen und dann die erforderlichen Rohstoffe vorzugsweise bereitgestellt werden;
3. die Beteiligung des Handwerks und des Handels an der Verwertung reichseigener Güter, die sich im Besitz der Heeresverwaltung befinden, nach Wahgabe der mit Reichsverwertungsamt getroffenen Vereinbarungen schleunigst sichergestellt und durchgeführt wird.

In der preuß. Landesversammlung ist von Zentrumsabgeordneten der Antrag eingebracht worden, auch für die Steuererzulagen der Privatangestellten und Arbeiter Steuerfreiheit zu gewähren.

An die Zentrumsvereine.

Wiederholt schon erging vom Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin W. 8. Französischestr. 68, II., in der Presse die Bitte, um Angabe der Postanschriften der verschiedenen Zentrumsvereine im Reich, ohne daß es bis heute gelungen wäre, die gewünschten Adressen vollständig zu erhalten. Das G. S. Z. benötigt die Adressen dringend zur Aufstellung einer kostenlosen Statistik sowie zur Versendung wichtiger Drucksachen an alle Organisationen. Das G. S. Z. bittet also nochmals um umgehende Einsendung der gewünschten Angaben, sofern das noch nicht geschehen ist. Diese sollen enthalten: Name des Zentrumsvereins, Anschriften des 1. und 2. Vorstandes und des Schriftführers.

Der Todestag Windthorst's.

Am Todestag Ludwig Windthorst's am 14. März fand in Hannover um 8 Uhr in der Marienkirche des feierliche Jahresgedächtnis für den großen Zentrumsführer statt. Das Gotteshaus hat einfachen würdigen Schmuck angelegt. Von den hohen Gewölben herab senkten sich tiefblaue Trauersehler. Das Grab des großen Toten vor dem prächtigen Hochaltare ist von blühenden Pflanzen und brennenden Kerzen umgeben. Der herrliche gotische Altar — befanlich ein Geschenk Leos XIII. an das Windthorst'sche Ehepaar zur goldenen Hochzeit — hat seine Flügel weit geöffnet und erstrahlt im schönsten Glanze. Vor ihm vollzieht sich das feierliche Opfer, ein leibitertes Requiem, dem sich die Absolutio ad tumbam anschließt. Der Cäcilienverein hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, die ernste Feier durch seinen Gesang zu verschönern und dazu wieder das ausdrucksvolle Requiem von Casciolini gewählt. Eine Abordnung der Zentrumspartei legte am Grabe einen Kranz nieder, dessen schwarz-weiß-rote Schleife die Aufschrift zeigt: „Ihrem unvergesslichen Führer die Zentrumspartei Hannover, 14. 3. 19.“ Auch die Deutsch-Hannoversche Partei hatte eine Vertretung mit prachtvoller Kranzpende zu Ehren des großen Toten entsandt. Die gelb-weiße Schleife trug die Widmung: „Ihrem unvergesslichen Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht die Deutsch-Hannoversche Partei.“

Aus dem Ausland

Ausländische Stimmen zum Vorfrieden. Amsterdam, 19. März. Einer Reuter-Meldung aus Paris zufolge gab Lord Robert Cecil eine Erklärung ab,

daß die britische Delegation der Ansicht sei, der Völkervertrag müsse in den Präliminarfriedensvertrag aufgenommen werden. Er fügte hinzu, daß gewisse Fragen nur unter Bezugnahme auf den Völkervertrag gelöst werden können. Es sei nutzlos, die endgültigen Friedensbedingungen festzulegen, bevor der Völkervertrag in breiten Umrissen feststehe. So sollten z. B. die Präliminarfriedensbedingungen das Bestehen des Völkervertrages in der Frage des Schicksals der deutschen Kolonien voraussetzen. Diese Frage könne man nicht in der Luft hängen lassen, besonders, da man schon übereingekommen sei, daß die deutschen Kolonien den Mandatarstädten, die wiederum den Völkervertrag zur Voraussetzung hätten, zugewiesen werden sollten. Der Völkervertrag sei das Hauptelement bei der Friedensstiftung in der Welt. Je eher er in Tätigkeit trete, um so besser sei es. Cecil sagte, er würde sehr besorgt sein, wenn irgendein Versuch gemacht würde, das Inkrafttreten des Völkervertrages zu verweigern. Er glaube, daß wohl kaum ein solcher Versuch gemacht werden würde. Er sehe nicht ein, weshalb die Einfügung des Völkervertrages in den Präliminarfrieden irgendeine Verzögerung zur Folge haben sollte. Man müsse zugeben, daß der Entwurf des Textes unvollständig sei und Zweideutigkeiten enthalten könnte. Aber er glaube nicht, daß eine weitere Beratung diese Zweideutigkeiten beseitigen werde.

Geni, 19. März. In einer Auseinandersetzung mit der „Action Française“ führt „Journal de Geneve“ aus, daß es sich gegen die Angliederung des Saargebietes durch Frankreich im eigenen Interesse Frankreichs ausgesprochen habe, denn durch das Festhalten an der Einverleibung des Saargebietes habe Frankreich auf die Unterstützung Wilsons und die Freundschaft mit England verzichtet und wird andererseits durch seine Politik Oesterreich und Italien, an das es sich zunächst angeschlossen hatte, in die Arme Deutschlands treiben.

Die Arbeiterbewegung in England.

Amsterdam, 19. März. Trotz des weitgehenden Einvernehmens der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiterchaft ist die innere Lage in England gegenwärtig so bedrohlich wie nie zuvor, und zwar ist das Wesen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Vergleichen den Forderungen der Arbeiterchaft entsprechend. Nichtsdestoweniger haben die Bergleute den Beginn des Generalstreiks auf den 22. März festgesetzt. Die Eisenbahner und die Transportarbeiter beabsichtigen, diesen Beispiel in aller nächster Zeit zu folgen. Man trägt sich immer noch mit der Hoffnung, daß sich wenigstens die Eisenbahnarbeiter zu Konzessionen bereitfinden werden, doch verläutet aus Gewerkschaftskreisen, daß sie auf der vollkommenen Erfüllung ihrer Forderungen und insbesondere auf sofortigen Erlaß eines Gesetzes über die Verstaatlichung der Eisenbahnen bestehen. Die öffentliche Meinung fordert schleunigste Rückkehr Lord Georges aus Paris, da es sich augenblicklich um eine Frage von der höchsten nationalen Bedeutung für England handle.

Rotterdam, 19. März. Der Korrespondent der „Daily News“ für Arbeiterangelegenheiten schreibt, es sei kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Parteien einander näher gekommen sind. Die Haltung der Besitzer der Kohlenminen und der Eisenbahnverwaltungen lassen nicht auf die Absicht schließen, irgendein Zugeständnis zu machen, das als Bewilligung der Forderungen der Bergarbeiter oder Eisenbahnangestellten betrachtet werden könnte. Andererseits hat die Abneigung unter den Bergarbeitern gegen eine Beilegung zugenommen. Auch die Eisenbahnangestellten wollen keine ihrer Forderungen fallen lassen. Es sei unwahrscheinlich, daß die Mitglieder der Kohlenkommission zu einer Einigung gelangen werden.

Aus Stadt und Land

Dresden, 20. März 1919

Das neue sächsische Ministerium.

Die Zusammensetzung des neuen sächsischen Ministeriums steht nunmehr fest. Nach den Beschlüssen, die am Dienstag abend spät in einer Sitzung des Volksrates des sozialistischen Landesrates gefaßt worden sind, werden sämtliche Minister auf ihren Posten verbleiben. Minister Dr. Stadnauer gibt jedoch das Ministerium des Innern ab und behält nur das Auswärtige. Minister des Innern wird Abgeordneter Hellig. Otto Hellig ist geboren am 12. April 1872 in Welschhufe bei Dresden; er erlernte die Buchdruckerkunst und gehörte 1899 bis 1902 dem Gemeinderat in Rößlich bei Dresden an. 1903/04 war er Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins. 1904 bis 1908 war er Stadtverordneter in Dresden und im Jahre 1908 Redakteur der Volkszeitung in Zittau. Im Jahre 1909 wurde er als Vertreter von Zittau in die vormalige Zweite Kammer gewählt und gehörte dort der Gesetzgebungsdeputation an.

Konflikt des Pirnaer A. und S.-Rates mit der Regierung.

Pirna. Das sächsische Arbeitsministerium hatte die vom A. und S.-Rat angeordneten Wahlen für die Betriebs- und Bezirksarbeiterräte unter Androhung von Strafen verboten. Daraus erwidert nun der hiesige A. und S.-Rat, daß sich das Ministerium bei dem Verbot auf eine gesetzliche Grundlage stützt, die gegenwärtig noch gar nicht besteht, und fordert die Arbeiterchaft des Bezirks auf, die Wahlen in den Betrieben restlos durchzuführen.

Mit der Frage der allgemeinen Volksschule hat sich der Dresdner Lehrerverein in seiner letzten Sitzung beschäftigt und folgende Entschlüsse angenommen, die dem Rat zu Dresden vorgelegt werden soll: 1. Der Dresdner Lehrerverein nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß aus technischen Gründen nächste Ostern die Einführung der allgemeinen Volksschule nur in den beiden unteren Klassen möglich ist und fordert, daß Ostern 1920 die allgemeine Volksschule voll durchgeführt

wird. 2. Der Verein hält weiter für notwendig, daß für jede Bürgerchule noch für Ostern dieses Jahres ein bestimmter Schulbezirk eingeteilt wird, damit die für diese Schulen angemeldeten Kinder nach ihren Bezirken neu eingeteilt werden können. 3. Ohne den fremdsprachlichen Unterricht zu sehr betonen zu wollen, fordert der Verein, daß aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit für die beschriebenen Schüler der oberen vier Klassen an jeder Bezirkschule unentgeltliche französische oder englische Kurse errichtet werden.

Protestersammlung der Oberlausitzer Landwirte. Eine vom Landbürgererrat für den Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda einberufene Protestersammlung veranstalteten die Oberlausitzer Landwirte am Montag in Bischofswerda gegen die gegenwärtigen Zwangsmassnahmen der Regierung im allgemeinen und die Erklärungen des Wirtschaftsministers Schwarz in der Sächsischen Volkskammer. Der Vorsitzende August Grünert leitete die Eröffnungsrede, welche der Landwirtschaft auferlegt wurden. Mitglied der Volkskammer, Gutsbesitzer Leithold Lettau, kennzeichnete diese im einzelnen. Zum Schluß nahm man einstimmig folgende an das sächsische Gesamtministerium gerichtete Entschliessung an:

Ueber 1200 in Bischofswerda versammelte Landwirte erhoben schärfsten Protest gegen die verletzenden Bemerkungen des Wirtschaftsministers Schwarz in der Sächsischen Volkskammer. Die Landwirte sind sich der auf ihnen ruhenden Verantwortung für das Wohl des Volkes sehr wohl bewußt und haben dies während der langen Kriegsjahre bewiesen. Aber die durch die Revolution geschaffenen verworrenen Zustände erschweren ihre Tätigkeit nicht unerheblich, so daß der Gedanke des Streiks immer weitere Kreise in die Landwirtschaft zieht. Die Landwirte erwarten von der Regierung ein gerechtes und verständnisvolles Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche. Die deutsche Landwirtschaft ist die einzige gesunde Grundlage zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Daher muß unverzüglich die Zwangswirtschaft aufgehoben werden, um die Produktion zu heben. Ferner muß die Regierung auf Beseitigung der notwendigen Hilfsmittel für die Landwirtschaft Bedacht nehmen, wie Beschaffung von Düngemitteln u. a. m. Die Landarbeitersituation ist undurchführbar, die Verhältnisse leben sie als nicht bestehend an. Verminderte Arbeitszeit und erhöhte Löhne sind nicht geeignet, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, wohl aber das Gegenteil zu bewirken. Erforderlich ist eine sofortige Festsetzung gerechter Preise, besonders für das Vieh. Die Landwirte fordern endlich genügenden Schutz gegen Sabotage, Plünderungen und Diebstähle. Sie erwarten, daß die Regierung diese Wünsche als dringlich betrachtet und unverzüglich in eine Fassung derselben eintritt.

Die Kommission der Reichspostverwaltung, die dieser Tage auf Antrag der Stadtverordneten in Dresden weilte, um die Mißstände im Dresdner Telefonwesen kennen zu lernen, hat sich von der Unhaltbarkeit der Zustände überzeugt. Es ist in Aussicht genommen, die Automatisierung der Hälfte des Betriebes, ferner die Erweiterung des Fernsprechanstaltens Dresden und der Neubau eines Fernsprechanstaltens in der Scharnhorststr., ferner die Erweiterung des Hauptfernsprechanstaltens im Postamt hinsichtlich der Prüfungsstelle und der Meldestelle. Allerdings ist eine Abhilfe der Mißstände im Dresdner Telefonwesen nicht vor Ablauf eines Jahres zu erwarten.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. Infolge Anordnung der Landesfleischstelle wird die sicherzustellende Wochenfleischmenge vom 17. März ab in ganz Sachsen einheitlich auf 180 Gramm herabgesetzt. In der laufenden Woche werden daher auf die Marken 1 bis 9 der Reichsfleischstelle, d. h. 180 Gramm und für Kinder auf die Marken 1 bis 100 Gramm Fleisch ausgegeben. Die Volkstischbesucher haben weiterhin die Marken 8, 9 und 10 an die Volkstischen abzugeben.

Margarine-Verteilung. Montag den 24. und Dienstag den 26. März werden geliefert: die Landesbutterkarte der Stadt Dresden „März B“ mit 625 Gramm und der Butterbezugschein mit 50 v. H. mit Margarine.

125 Gramm Dörrmöhren zum Preise von 60 Pf. werden vom 27. d. M. ab auf Ausweis 26 v. H. der laufenden Lebensmittelkarte verteilt. Anmeldung am 20. oder 21. d. M.

Ein dreier Rausüberfall wurde Dienstag vormittag in der 9. Stunde auf dem Goldschmid Wd. Knüll in dessen Geschäftstraum Amalienstraße (Ecke Dreßgasse) verübt. Bald nach dem Öffnen des Ladens erschien dort ein in den 40er Jahren stehender Mann, der Damentische zu kaufen wünschte. Während der Inhaber diese vorlegte, kam ein zweiter Mann, angeblich um sich eine Nadel zu erwerben. Der zuerst Bekommene verlangte nun aus dem Schrankfenster einen Ring mit einem großen roten Stein. Als der Geschäftshaber, der den Käufer darauf aufmerksam machte, daß das kein Damentisch sei, sich umwandte, um dem Wünsche nachzukommen, überfielen ihn beide, saßten ihn an Kehle und Genick und suchten ihn zu Boden zu drücken. Der Ueberfallene, der die 50 Überflüchten hat, besaß noch sozial Selbstgegenwart, sich schnell umzudrehen und konnte so noch verhindern, daß der eine Täter, der schon ein langes Messer bereithielt, auf ihn einstach. Bei dem folgenden Kampfe wehrte sich der Angegriffene, ein alter Turner, dem der eine Täter die Gurgel zudrückte, nach Wehbestrafen und machte schließlich durch sein lautes Schreien die Straßenpassanten aufmerksam, worauf beide die Flucht ergriffen. Bei der Verfolgung durch die Straßenpassanten konnte der eine eingeholt und der Kriminalpolizei übergeben werden. Der andere, kleinere, hat im Juwelierladen seinen schwarzen steifen Hut zurückgelassen. Der dem Ueberfallenen bei dem Kampfe angerichtete Schaden beträgt einige hundert Mark.

Leipzig

In einer stark besuchten Versammlung der Leipziger Bürger am Sonntag in der Albertshalle sprachen die Volkskammer-Abgeordneten Dr. Reinhold und Dr. Wenke-Glückart über die Nacht der Presse, deren Anebelung durch die sozialistischen Freiheitskämpfer und ferner über die Demokratie, wie sie verstanden sein soll. Großen Beifall fanden die kräftigen, zum Abwehren der spartakistischen Schreckensherrschaft auffordernden Sätze. Das Bürgertum will den Kampf um die Nacht aufnehmen, wenn es noch einmal dazu gezwungen werden sollte. Die Regierung hat auf Ersuchen des Leipziger Bürgerausschusses zugesagt, daß sie für Ablieferung der in den

Händen der Arbeiterschaft sich befindenden Waffen sorgen will.

Als eine sehr wichtige Neuheit bringt die bekannte Verlagsfirma List und v. Bressendorff, Leipzig, eine Wahlergebniskarte zur Nationalversammlung in mehrfarbiger Ausführung, Format 70 x 90 cm, Preis M. 1,50.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Bresden. Die Hauptversammlung des kath. Pfrervereins und die Gesellschafterversammlung der Saronia G. m. b. H. tagte am Mittwoch den 19. d. M. im Gesellenhaus. Der Besuch war ein erfreulich reger.

zu Ehren sich die Anwesenden erhoben. Er dankte aber auch dem Geschäftsführer Herrn Schön, sowie den Herren, die in aufopfernder Weise ihre Kräfte während der Zeit nach dem Tode des Herrn Baden in den Dienst der Zeitung gestellt haben.

Bresden. Kath. Lehrerverein. In einer der letzten Sitzungen hatte sich der Verein mit der Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, an die Vorgesetztschulinspektoren über Erteilung des Religionsunterrichts an Volksschulen vom 31. Januar 1919 zu beschäftigen.

Das Ministerium wünscht, daß bei der durch Verordnung vom 8. Januar 1919 geforderten grundsätzlichen Berichterstattung insbesondere zur Frage Stellung genommen wird, ob der Religionsunterricht nach Einführung der allgemeinen Volksschule den Kindern verschiedener Bekenntnisse geordnet innerhalb des Bekenntnisses oder allen Kindern ohne Unterschied des Bekenntnisses als allgemeiner Religionsunterricht erteilt oder ob die Erteilung des Religionsunterrichtes ganz der Kirche überlassen werden soll.

- Hierauf wurden folgende drei Antworten beschlossen: 1. Die katholische Lehrerschaft Dresdens fordert, daß der bekenntnismäßige Religionsunterricht als erster Unterrichtsgegenstand der Volksschule erhalten bleibt.

Sebnitz. Das katholische Pfarramt und das Schulkollegium laden die Mitglieder der Gemeinde zu einem Elternabend am 24. d. M. im „Schützenhause“ ein.

S Grimmitzschau. Die Generalversammlung des Cäcilienvereins wählte letzten Sonntag einen neuen Vorstand und zwar: Herrn Schindelmann, sowie die Damen Hubert, Biele, Schläger. Das 25jährige Jubiläum der katholischen Gemeinde zu Grimmitzschau, dessen Feiern die Cäcilie leitet, findet am 2. Osterfesttag statt, zugleich mit der ersten heil. Kommunion der Kinder.

Der Cäcilienverein zu Grimmitzschau bekennt sich zum Glauben an das göttliche Recht der katholischen Kirche auf die katholische Schule. Der Religionsunterricht und die religiöse Erziehung der Jugend ist die Seele der Schule.

S Dichtenaue. Der Kathol. Arbeiterverein versammelte am Sonntag, den 16. März, im Vereinslokal seine Mitglieder nebst Frauen und erwachsenen Söhnen und Töchtern.

S Zwilkau. Am 16. März hielt der Verein gebildeter Katholiken für Zwilkau und Umgebung seine erste Hauptversammlung ab. Zunächst fand die Entlastung des früheren und Wahl des neuen Vorstandes statt.

Zum Jahresgedächtnis meines am 21. März 1918 gefallen edlen Gatten, des Gymnasiallehrers Dr. rer. techn. Karl Smets wird am 22. März, vormittags 9 Uhr, in der Hofkirche eine heilige Seelenmesse gelesen. Magdalena Smets.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Breslau herausgegeben von Dr. J. Nagwor, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt. Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto.

Dresdener Lehranstalt für Musik Direktor: Organist Paul Walde Dresden-Neustadt, Melanchthonstrasse 25 Fernsprecher 12552 Sprechzeit 10-1 Uhr Fachschule f. alle Zweige der Tonkunst f. Beruf u. Haus-Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe)

Achtung, Pfarrämter! Protesterkklärungen zum Sammeln von Unterschriften gegen die Einführung der konfessionslosen Schule sind zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung Holbeinstr. 46. Fernruf 21306.

Feldartilleristen! Wer die Heimat tapfer und pflichtgetreu schützen will und mindestens 1/2 Jahr im Felde war, melde sich als Unteroffizier, Kanonier, Fahrer, Handwerker, Sanitäter, Fernsprecher, M.-G.-Schütze bei Grenziäger-Bat. 7 der Säch. Grenziäger-Abt. 3, Rodau-Lengsfeld. Martins, Hauptmann und Feld-Batterieführer 4./F. N. 28 Abteilungs-Kommandeur I./F. N. 28 n. III./F. N. 12.

Ueberführungen und Beerdigungen übernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät und Heimkehr Am See 26 Bautzner Straße 37 Fernspr. 20157. Fernspr. 25091. Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich!

Herzenswunsch! Lehrerst., kath., 23, argen. Keufere, gut. Char., wirtsch. u. musikl., wünscht sich mit gebilb. Herrn in gef. Stellung glücklich zu verheiraten. Werte nur ernstgen. Off. auch von ausw. erbeten unter „D. N. 4294“ an die Gesch. d. Bl. Küchenschürze per St. M. 5.80, drei St. M. 16.75 Frauenwirtschaftsschürze eleg., per St. M. 9.50, drei St. 27.50 Damenhausdünne sehr elegant M. 13., drei St. 37.75 Männerdünne per Stück 6.25, drei Stück 18.- August Heitig, Doffen 3. 90 Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Stadtumzüge sowie Ein- und Zweispänner jeder Art werden prompt und billig ausgeführt. G. G. Wipfl, Elisenstr. 67, Fernruf: 17257.

Stadt-Café am Zwinger and Postplatz Inhaber: O. Hofmann